

Udo Bullmann / Jan Kunz

Warum Europa handlungsfähig werden muss

Nach dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2007 zur Europäischen Union kann die Staatengemeinschaft nun auf 27 Mitgliedsländer und einen Binnenmarkt von rund 480 Millionen Menschen verweisen. Das für 2005 geschätzte Bruttoinlandsprodukt der EU ist mit 13.926 Milliarden DOLLAR nominal bereits das größte der Welt (zum Vergleich: USA: 12.438; Japan: 4.799 DOLLAR) und liegt, umgerechnet auf die Kaufkraftparität, mit den USA gleichauf (USA: 12.332; EU: 12.329 DOLLAR). Darüber hinaus werden rund 90 Prozent aller in Europa produzierten Waren und Dienstleistungen auch innerhalb der Mitgliedsländer der EU konsumiert. Diese hohe Binnenmarktintegration ist Voraussetzung dafür, dass sich Politik in der Globalisierung auch weiterhin Geltung verschaffen kann. Sie sichert Europa eine gute Ausgangsposition im globalen Wettbewerb – zumindest in der Theorie.

Eine Analyse des Ist-Zustandes zeigt jedoch, dass die EU ihr Potenzial in den vergangenen Jahren bei Weitem nicht ausgeschöpft hat. Sie glied vielmehr einem wirtschaftlichen Riesen im Dornröschenschlaf. Das Wirtschaftswachstum sank von 3,9 Prozent in 2000 auf 1,2 Prozent in 2002 und kam nach einem Zwischenhoch in 2004 (2,3 Prozent) auch 2005 nicht über 1,7 Prozent hinaus. Für 2006 ist allerdings erstmals wieder ein Wachstum von über 2,5 Prozent vorausgesagt. Gleichzeitig liegt die Arbeitslosenrate seit Jahren deutlich über 8 Prozent und wird auch bis 2008 voraussichtlich nur auf 7,4 Prozent sinken. Rund 17 Millionen Menschen sind damit in der Europäischen Union offiziell auf der Suche nach einem Job.

Um Europa aus seinem Dornröschenschlaf zu wecken und die zunehmenden

sozialen Spannungen zu überwinden, hatte die Europäische Union im Jahr 2000 unter Federführung von sozialdemokratischen Staats- und Regierungschefs die *Lissabon-Strategie* ins Leben gerufen. Sie ist vom Anspruch her ein ehrgeiziges Reformprojekt, das den Binnenmarkt und die Währungsunion ergänzen soll. Die Mitgliedsstaaten haben sich zum Ziel gesetzt, die EU bis 2010 zum »wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt« zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein »dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen«. Entscheidend ist dabei die Verknüpfung von wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischen Aspekten. Moderne Ökonomie, sozialer Zusammenhalt, Beschäftigungsförderung und ökologische Nachhaltigkeit sollten in eine zukunftsgerichtete Balance gebracht werden und sich wechselseitig verstärken.

Ernüchternde Halbzeitbilanz

Um die Herausforderungen, mit denen sich Europa Anfang des 21. Jahrhunderts konfrontiert sieht, erfolgreich zu bestehen, macht die *Lissabon-Strategie* eine Reihe klarer Zielvorgaben: ein angestrebtes Wirtschaftswachstum von jährlich 3 Prozent; Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Höhe von jährlich 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) bis spätestens 2010; eine allgemeine Beschäftigungsrate von 70 Prozent sowie eine Beschäftigungsrate von 60 Prozent für Frauen und 50 Prozent für ältere Erwerbspersonen (ebenfalls bis spätestens 2010). Des Weiteren soll die Zahl der jugendlichen Schulabbrecher halbiert und

die Kinderbetreuung europaweit deutlich verbessert werden.

Die Halbzeitbewertung der *Lissabon-Strategie* in 2004 fiel jedoch ernüchternd aus: Kaum eines der vereinbarten Zwischenziele wurde erreicht und es ist derzeit nicht zu erwarten, dass Europa die für das Jahr 2010 gemachten Vorgaben aus eigener Kraft verwirklichen kann. Zumindest nicht mit den gegenwärtig praktizierten Politiken. Was ist geschehen?

Es gibt viele Gründe, warum es bisher nicht gelungen ist, die in Lissabon und den darauf folgenden Jahren vereinbarten Ziele umzusetzen. Einer davon ist zweifelsohne das mangelnde Engagement der Mitgliedsstaaten. Darüber hi-

naus waren keine Sanktionen für das Nicht-Erreichen der angestrebten Ziele vorgesehen. Ein weiterer Grund kann in der starren Auslegung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes gesehen werden. Er hält die Mitgliedsstaaten zu mehr Haushaltsdisziplin an, was zum Beispiel auf Kosten von dringend benötigten Zukunftsinvestitionen geschehen ist. Im konservativen und neo-liberalen Lager konnte außerdem eine selektive Wahrnehmung und Umsetzung der *Lissabon-Strategie* beobachtet werden. Während Deregulierungsvorhaben vorangetrieben wurden, blieb die Ausweitung der politischen und wirtschaftlichen Koordination auf der Strecke.

Die von der Europäischen Kommis-

sion eingesetzte Sachverständigengruppe zur Bewertung der *Lissabon-Strategie* kam zu dem Ergebnis, dass die mangelnden Erfolge das gesamte Vorhaben an sich unterminieren. Der Rat beschloss daraufhin methodische Veränderungen. Seither gibt es ein integriertes Richtlinienpaket, das Wirtschafts- und Beschäftigungsleitlinien umfasst. Auf Grundlage dieses Pakets haben die Mitgliedsstaaten nationale Lissabon-Aktionsprogramme angenommen. Gleichzeitig hat die EU-Kommission ein Aktionsprogramm für die EU-Ebene verfasst. Der Politikzyklus von vormals zwölf Monaten ist nun auf 3 Jahre angelegt. Erst 2008 wird sich die EU wieder mit der grundlegenden Neuausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik beschäftigen. Darüber hinaus wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt 2005 ebenfalls reformiert, um seine Sensibilität für konjunkturelle Entwicklungen zu erhöhen. Länderspezifische Gegebenheiten sollten bei der gemeinsamen Wirtschaftspolitik stärker berücksichtigt und die Zusammenarbeit zwischen EU-Kommission, Rat und Mitgliedsstaaten verbessert werden.

Die Ziele der *Lissabon-Strategie*, allen voran das Bestreben, Europa im internationalen Wettbewerb ökonomisch, sozial und ökologisch voranzubringen, müssen trotz der bisher mageren Ergebnisse auch weiterhin als alternativlos angesehen werden. Ohne mehr und bessere Jobs, mehr Bildung, mehr Forschung und Entwicklung sowie mehr ökologisch und sozial verträgliches Wachstum ist Europa nicht zukunftstauglich. Hier beginnen jedoch die Schwierigkeiten. Wie sollen diese Ziele erreicht werden?

Aus dem konservativen und neo-liberalen Lager kommt an dieser Stelle unablässig die Forderung nach Deregulierung, einem Abbau von Arbeitnehmerrechten sowie einer Senkung von Löhnen und sozialen Standards. Liberalisierung wird als Allheilmittel für mehr Wettbewerbs-

fähigkeit gepriesen. Dieses Konzept kann in Europa nicht aufgehen, denn die globalisierte Realität sieht anders aus. Der Stundenlohn eines chinesischen Arbeiters liegt im Schnitt bei 47 Cent, während ein Arbeiter in Mexiko mit einem Verdienst von 2 EURO pro Stunde nach Hause geht. Hier in einer Spirale nach unten mithalten zu wollen, wäre ökonomischer und sozialer Unfug. Die wirtschaftliche Zukunft Europas liegt woanders, nämlich in der hohen Qualität unserer Infrastruktur, unserer öffentlichen Dienstleistungen, unserer Umwelt, unserer Sozialsysteme, unserer Beschäftigten, unserer Arbeitsmärkte und unserer Betriebe.

Es gibt durchaus Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union, deren Modernisierungspolitiken große Erfolge aufzuweisen haben. Hierzu zählen allen voran Dänemark, Schweden und Finnland. Der Erfolg unserer nordischen Nachbarn kommt nicht von ungefähr. Sie investieren viel mehr in Bildung als Deutschland oder das übrige Europa. Bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung haben Schweden und Finnland das Lissabon-Ziel von 3 Prozent bereits lange hinter sich gelassen. Außerdem ist der Anteil der Menschen, die sich am lebenslangen Lernen beteiligen, in den nordischen Ländern drei- bis viermal so hoch wie bei uns.

Eine Perspektive sozialer Teilhabe

Auch bei der Kinderbetreuung sehen wir in Deutschland im Vergleich ziemlich alt aus. Während es in Dänemark für 64 Prozent der unter Dreijährigen Betreuungsangebote gibt, kommen wir bei uns nur auf 8,5 Prozent. Mit ihren Ganztagsbetreuungsangeboten in Krippen, Kindergärten und Schulen ermöglichen die nordischen Länder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies trägt sicher mit dazu bei, dass ihre Geburtenraten höher sind als etwa die deutsche.

Eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik gibt es aber nicht umsonst. Die Gesamtsteuer- und Abgabenbelastung in Schweden beträgt 51 Prozent des BIP, in Dänemark 48,8 Prozent, und in Finnland 44,3 Prozent, während Deutschland mit 38,7 Prozent mittlerweile sogar unter dem EU-Durchschnitt von 39,3 Prozent liegt. Das hohe Umverteilungsniveau in den nordischen Ländern hat ihrer Wirtschaft offenbar gerade nicht geschadet. In Deutschland wuchs das BIP in 2005 nur um 0,9 Prozent, während die EU auf 1,7 Prozent kam. Deutlich höher liegen die Werte der nordischen Länder (Dänemark 3 Prozent; Schweden 2,7 Prozent; Finnland 2,9 Prozent). Für 2006 sind für Schweden und Finnland sogar Werte von 4 Prozent und mehr vorausgesagt.

Die klare Orientierung in Richtung Innovationen und Wissensgesellschaft sind der Grundstein für die Wettbewerbsfähigkeit der nordischen Länder. Europa sollte seine Wirtschafts- und Sozialpolitik deshalb stärker an ihrem Beispiel ausrichten. Im Kern muss es darum gehen, den Menschen in Europa auch morgen die Perspektive sozialer Teilhabe und qualifizierter Arbeitsplätze zu bieten, und das, gerade ohne dabei Sozial- und Umweltstandards oder den Verbraucherschutz zu opfern. Dieser zentrale Punkt wird mit darüber entscheiden, ob wir uns der Globalisierung ausliefern oder sie gestalten. Wenn die EU ihr Gewicht optimal einsetzt, kann sie viel bewegen. Wir müssen jetzt die Weichen stellen und dafür sorgen, dass der zyklische Aufschwung zu einem dauerhaften Aufschwung wird. Die nordischen Länder stellen unter Beweis, dass dies mit Hilfe von ausgewogenen makroökonomischen Politikansätzen möglich ist.

Deshalb müssen wir jetzt das richtige tun. Dazu zählen die Förderung und Vernetzung der Forschung (gemeinsamer Forschungsraum; Umsetzung von Forschungsergebnissen in wirtschaftliche

Erfolge und Arbeitsplätze); die Vollendung des Binnenmarktes (gemeinsamer Markt für Finanzdienstleistungen, Energieerzeugnisse und Dienstleistungen); die Entwicklung »intelligenter« Wachstumsstrategien (Einsatz von umweltfreundlichen Technologien, die zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen); die arbeitnehmergerechte Flexibilisierung und soziale Absicherung von Beschäftigung (aktive Arbeitsmarktpolitik; Ausrichtung der Sozialsysteme auf individuelle Erwerbsarbeit); sowie eine bessere makroökonomische Koordination (Anpassung der Zeiträume nationaler Haushaltspolitiken; engere Zusammenarbeit zwischen EU-Kommission, EU-Parlament, Rat, Sozialpartnern und EZB in Wirtschaftsfragen).

Kurzum, wir brauchen eine kohärentere Strategie für Spitzenleistungen bei Beschäftigung, sozialem Zusammenhalt, Umweltschutz sowie Forschung und Innovationen, um Wettbewerbsfähigkeit und eine bessere Gesellschaft in Europa in Einklang zu bringen. Die *Lissabon-Strategie* muss demokratischer, zielgerichteter und effektiver werden. Nur so kann sie am Ende wirklich erfolgreich sein. Und nur so wird sichergestellt, dass sich Investitionen in unser wirtschaftliches und soziales Potenzial nicht nur in den nordischen Ländern auszahlen. Sie müssen vielmehr in ganz Europa als greifbare Ergebnisse bei den Menschen ankommen.



Udo Bullmann (*1956) ist Politikwissenschaftler und Mitglied des Europäischen Parlaments (SPD), Arbeitsgebiete: Wirtschaft und Währung, Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. udo.bullmann@europarl.europa.eu



Jan Kunz (*1971) ist Wissenschaftlicher Referent von Udo Bullmann im Europäischen Parlament, Arbeitsgebiete: Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik. udo.bullmann@europarl.europa.eu